

Ausschuss für Soziales, Frauen, Familie, Gesundheit und Migration
(117. Sitzung am 23. Februar 2017)

Beratungsthemen:

Erster öffentlicher Sitzungsteil

1. **Entwurf eines Niedersächsischen Gesetzes zur Durchführung der Marktüberwachung von harmonisierten Bauprodukten (NBauPMÜG)**
Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 17/7214](#)

*Der Ausschuss schloss die Beratung des Gesetzentwurfs ab. Vorbehaltlich der Zustimmung des mitberatenden Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen empfahl er dem Landtag einstimmig, den Gesetzentwurf in geänderter Fassung anzunehmen. Als Berichterstatterin wurde die Abg. **Annette Schwarz** (CDU) benannt.*

2. **Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen zur dritten Änderung des Abkommens über das Deutsche Institut für Bautechnik (3. DIBt-Änderungsabkommen)**
Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 17/7386](#)

*Der Ausschuss schloss die Beratung des Gesetzentwurfs ab. Vorbehaltlich der Zustimmung des mitberatenden Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen empfahl er dem Landtag einstimmig, den Gesetzentwurf in unveränderter Fassung anzunehmen. Die Berichterstattung übernahm die Abg. **Annette Schwarz** (CDU).*

3. **Unterrichtung durch die Landesregierung über die Ergebnisse der Sitzung des Krankenhausplanungsausschusses am 22. Februar 2017**

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung entgegen und führte darüber eine Aussprache.

4. **Bundeseinheitliche Regelung zur Kostenübernahme von Verhütungsmitteln für Frauen mit geringem Einkommen schaffen**
Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 17/6904](#)

Der Ausschuss schloss die Beratung des Antrags ab. Mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und der Grünen gegen die Stimmen der CDU-Fraktion - bei Stimmenthaltung der FDP-Fraktion - empfahl der Ausschuss dem Landtag, den Antrag in unveränderter Fassung anzunehmen.

5. **Hausärztliche Versorgung in Niedersachsen stärken**
Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 17/6405](#)

Entsprechend einer Bitte der CDU-Fraktion setzte der Ausschuss diesen Punkt von der Tagesordnung ab.

Vertraulicher Sitzungsteil

6. **Unterrichtung durch die Landesregierung über die aktuellen Vorkommnisse im Maßregelvollzugszentrum Bad Rehburg und über die geplante weitere Entwicklung des Maßregelvollzugs in Niedersachsen**

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung in einem vertraulichen Sitzungsteil entgegen und führte darüber eine Aussprache.

Zweiter öffentlicher Sitzungsteil

7. a) **Maßregelvollzug entschlacken und stärken**

Antrag der Fraktion der FDP - [Drs. 17/5821](#)

b) **Allgemeinheit vor kranken Straftätern besser schützen - Maßregelvollzug weiterentwickeln und sicherer machen!**

Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 17/5828](#)

Die Vertreterin der FDP-Fraktion kündigte an, dass die FDP-Fraktion den Antrag zu a) zurückziehen wird.

Die abschließende Beratung des Antrags zu b) stellte der Ausschuss zurück, um zunächst die Unterrichtung unter TOP 6 weiter auswerten zu können.

8. **Unterrichtungswunsch**

Der Ausschuss kam überein, die von der CDU-Fraktion erbetene Unterrichtung durch die Landesregierung über die Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes in Niedersachsen insbesondere im Zusammenhang mit möglichen Änderungen am Quotalen System in der Sitzung am 16. März 2017 entgegenzunehmen.